

Vermögen, Schulden, Inflation: eine Anmerkung

© Peter Rassidakis 2022

Präambel:

Der amtierende deutsche Bundesfinanzminister, C. Lindner, twitterte im Sommer 2022:

Quelle: Nachrichtendienst Twitter/@c_lindner:

24. Juni

Twitter at its best. Aber ich stehe dazu: Wenn wir unseren Wohlstand sichern wollen, dann brauchen wir Gründergeist, unternehmerisches Risiko und auch Respekt vor Leistung wie eben #Überstunden. Steuererhöhungen und Staatsschulden bringen uns keine Zukunft. Blame me for it! CL

30. Juni

Wir müssen zurück zur finanziellen Solidität. In wenigen Jahren müssten wir sonst auf breiter Front staatliche Leistungen kürzen, massiv Steuern erhöhen - und sogar das AAA-Rating unseres Landes gefährden. Das kann alles nicht in unserem Sinne sein. CL

1. Juli

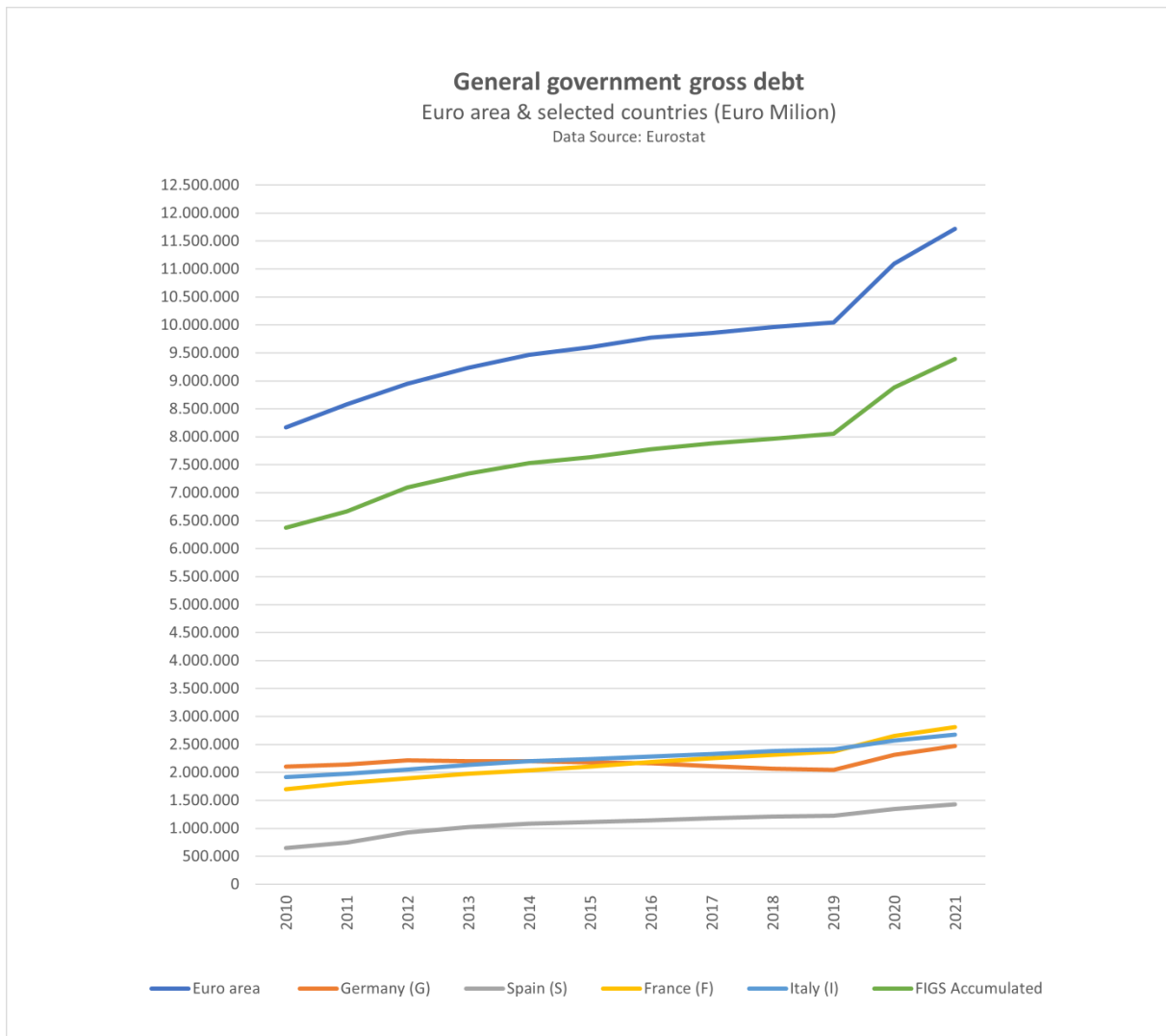
Das Bundeskabinett hat soeben meinen Entwurf für den Haushalt 2023 beschlossen. Damit hat die Bundesregierung nach drei Jahren wieder den Anspruch, innerhalb der #Schuldenbremse des Grundgesetzes zu wirtschaften. Ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der #Inflation. CL

Zu den Themen „unternehmerisches Risiko“, „Leistungsprinzip“, „finanzielle Solidität“, „Schuldenbremse“ und „Inflation“ habe ich im Folgenden ein paar Daten zusammengetragen, die aufzeigen sollen, dass aus derzeitiger finanzwirtschaftlicher Sicht sogar eine Neudefinition dieser Begriffe, statt eines wirtschaftspolitischen Festhaltens an diesen, angebracht wäre.

1. Staatsschulden:

Zunahme Staatsschulden Deutschland 2010 – 2021: 0,37 Billionen Euro (+17,8%); Zunahme Staatsschulden Euro Raum in dieser Zeitperiode: 3,92 Billionen Euro (+43%).

Abbildung 1.: Zunahme von Staatsschulden im Euro Raum

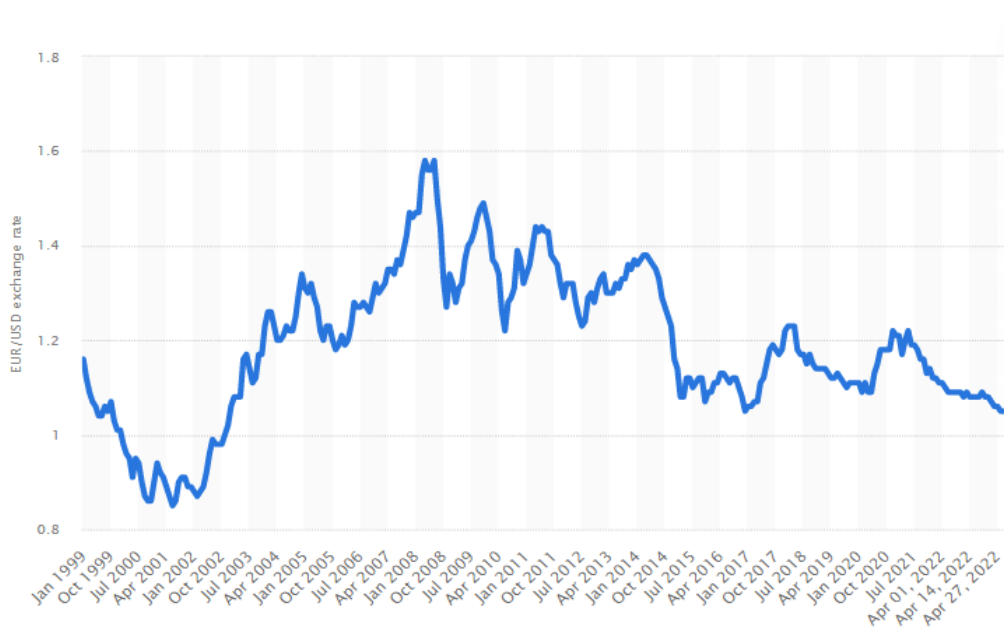


Zunahme Staatsschulden USA zwischen 2010 und 2021: 15,87 Billionen US-Dollar (ca. 15,16 Billionen Euro) oder +144%

(vgl.: <https://www.statista.com/statistics/187867/public-debt-of-the-united-states-since-1990/>).

Den EUR/USD Wechselkurs hat dies nicht beeinflusst, auch nicht das Rating der USA, welches noch mit AAA, AA+ und Aaa beziffert wird:

Abbildung 2: EUR/USD Wechselkurs



Source: <https://www.statista.com/statistics/412794/euro-to-u-s-dollar-annual-average-exchange-rate/>

Großbritannien hat seine Schulden zwischen 2010 und 2021 um 1,19 Billionen britische Pfund (ca. 1,38 Billionen Euro) oder um 99,51% erhöht. Vgl.:

<https://www.ons.gov.uk/economy/governmentpublicsectorandtaxes/publicspending/bulletins/ukgovernmentdebtanddeficitforeurostatmaast/december2021>

Japan hat seine Schulden zwischen 2010 und 2021 um 403 Billionen Yen (ca. 2,8 Billionen Euro) oder um 49,63% erhöht.

Vgl.: <https://data.worldbank.org/indicator/GC.DOD.TOTL.CN?locations=JP>

<https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-11-24/japan-to-issue-22-trillion-yen-in-debt-for-stimulus-nikkei-says>

Dieses Schuldengeld wurde seit der Finanzkrise 2008 zur Bewältigung diverser (auch politischer) Schieflagen verwendet. Es wurde durch die Finanzwirtschaft gehebelt, so daß sich die weltweiten Gesamtschulden (Staat, Unternehmen und Haushalte) im Moment auf 305 Billionen US Dollar beziffern lassen (vgl. [Global debt soars to record high over \\$305 trillion - Euro Financial Review](#) & <https://www.iif.com/Research/Capital-Flows-and-Debt/Global-Debt-Monitor>). Dies sind etwa 85 Billionen Euro mehr als im Jahr 2010.

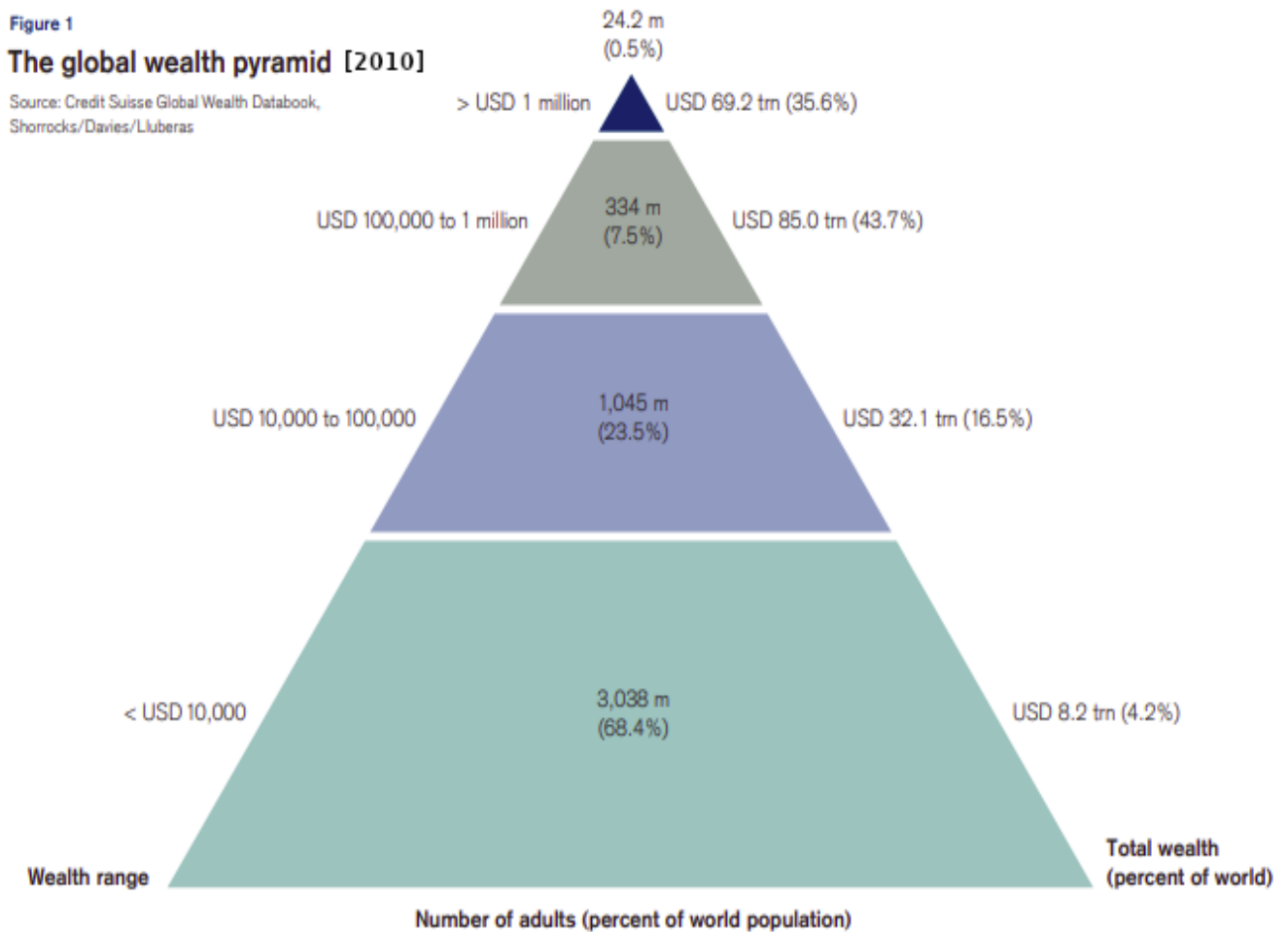
2. Vermögenszunahme und Verteilung zwischen 2010 und 2020:

Zunahme des Weltweiten Vermögens: 418,3-194,5 = 223,8 Billionen US \$ (+115,06%).

Zunahme Vermögen von Personen mit Vermögen über 1 Million US \$: 191,6-69,2= 122,4 Billionen US \$ (+176,9%).

Weitere Daten können durch Vergleich der sog. „Vermögenspyramiden“ erhoben werden (Quelle: Credit Suisse research institute Global wealth report 2021: <https://www.credit-suisse.com/media/assets/corporate/docs/about-us/research/publications/global-wealth-report-2021-en.pdf>; report 2010: <https://www.credit-suisse.com/media/assets/corporate/docs/about-us/research/publications/credit-suisse-global-wealth-report.pdf>)

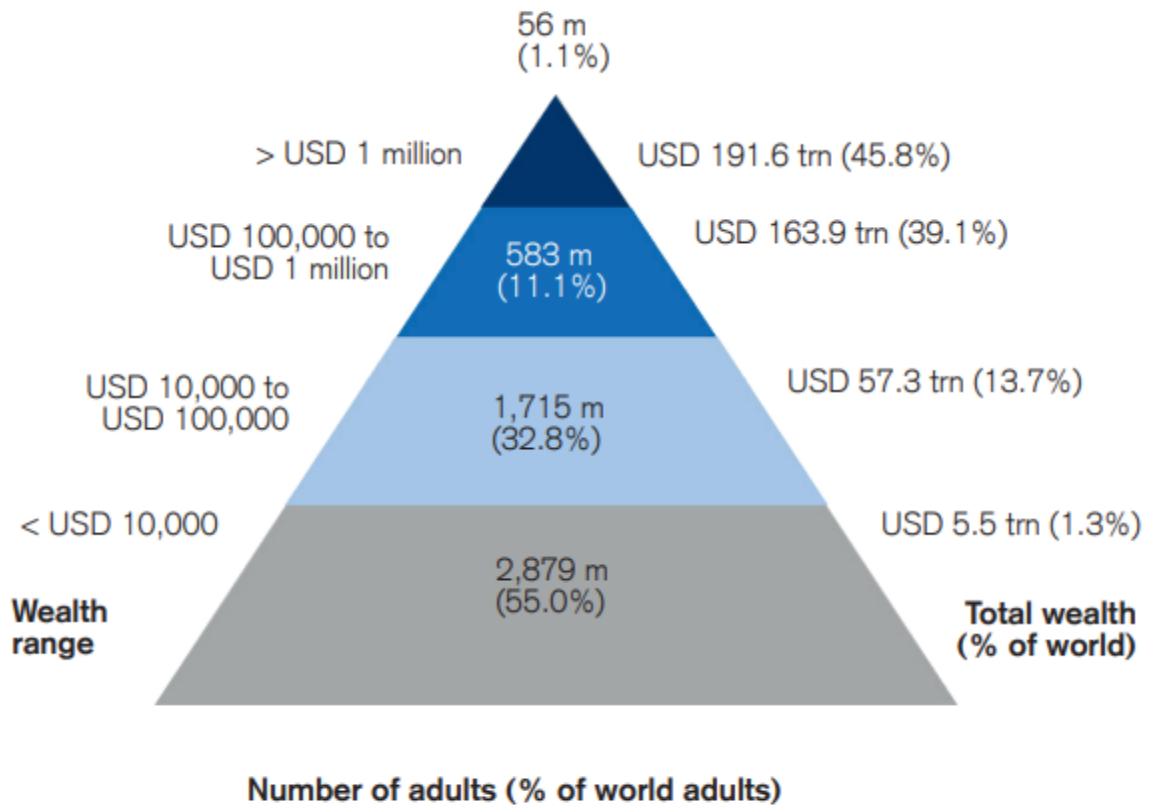
Abbildung 4: Vermögenspyramide aus dem Jahr 2010



Source: <https://www.credit-suisse.com/media/assets/corporate/docs/about-us/research/publications/credit-suisse-global-wealth-report.pdf>

Abbildung 5: Vermögenspyramide aus dem Jahr 2020

Figure 1: The global wealth pyramid 2020



Source: James Davies, Rodrigo Lluberas and Anthony Shorrocks, Credit Suisse Global Wealth Databook 2021

3. Finanz- vs. Realwirtschaft: wie wird es enden?

Unter der Voraussetzung, daß all dies bekannt ist, wäre zu den Aussagen des Finanzministers zu sagen:

Ursache von Inflation, Ungleichverteilung usw. ist die aktuelle internationale strukturelle Kopplung zwischen der Finanz- und der Realwirtschaft. Erstere beeinträchtigt letztere. Die Konsumgüterpreis-inflation folgt i.d.R. einer Vermögenswertpreis-inflation (Asset-price-inflation), wie wir sie im letzten Jahrzehnt beobachten konnten. Die Kaufkraft ist durch Lohn und Rentensteigerung zu erhalten. Sonst droht ein systemcrash (vgl.: <https://www.globalresearch.ca/financial-bubble-implosions-asset-price-inflation-and-social-inequality/5389535>). Ein Aufruf zu mehr Arbeit, einer nationalen Schuldenbremse, oder „Finanzieller Solidität“ (?) ist höchstens FAZ- & Handelsblattniveau und für den Deutschen Finanzminister mindestens blamabel. Gehen Sie der Sache auf den Grund und leiten

Lösungen ein, die funktionieren, verteilen zum Beispiel Unternehmensgewinne über Staatsbeteiligungen an Publikumsgesellschaften an die Bürger. Es ist schließlich Geld, welches sie und ihre Kindeskiner seit Jahren bereitstellen bzw. abbezahlen müssen und der Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurde und wird. Andrew Yang nannte solche Lösungen „Freedom Dividend“, besser wäre m.E. der Titel „Democracy Dividend“. Mikro-mikroökonomisch schon todgerechnet (vgl.:

<https://taxfoundation.org/andrew-yang-value-added-tax-universal-basic-income/>). Solche Lösungen stören jedoch keinen. Eine Schuldenbremse dient Deutschland nur, wenn es seine Grenzen für internationale Kapitalflüsse und Waren schließt, was mit wirtschaftlichem Selbstmord gleichzusetzen wäre. Machen Sie lieber äquivalente Schulden zu diesen unserer „internationalen demokratischen Partner“ (s.o.), damit nicht ganz Europa von den Plutokraten aufgekauft wird (Beispiele reichen von Immobilien- und Technologieunternehmen bis hin zu Pfandleihe-Häusern). Folgen Sie innerhalb der EU einer einheitlichen Geld- und Fiskalpolitik, gleichen Sie Löhne und Gehälter sowie die Renten und Steuersysteme an, damit der EU-Binnensystemarbitrage auf Arbeits- Güter- und Kapitalmarkt ein Riegel vorgeschoben wird. Was sie verfolgen, scheint eher eine Scheuble-Politik (Austerität) zu sein. Sie hat Europa bereits fast ruiniert. In Griechenland kann sich aktuell, bei einem Medianeinkommen von ca. 9.000 Euro und einem Preisniveau ähnlich diesem von Deutschland, das Volk nicht einmal ein Taschentuch zum Weinen leisten. Soll es hierzulande auch so werden?

Ich hoffe diese Anmerkungen sind trotz ihrer Kürze verständlich und dienlich.

Zu den Begriffen und Volumina der Real- und Finanzwirtschaft siehe die Ausführung des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages hier:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/684622/cae40679f8c949b5006f1675ce824950/WD-5-003-20-pdf-data.pdf>

Weitere Bemerkungen zur Thematik:

Wealth distribution, Debt and Inflation: an overview:

https://www.researchgate.net/publication/357331342_Wealth_distribution_Debt_and_Inflation_an_overview

Public Finance: is there a tipping point?:

https://www.researchgate.net/publication/349124409_Public_Finance_is_there_a_tipping_point

[...forget your perfect offering...](#)